



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

Jahresbericht 2015

www.dnr.de

Impressum

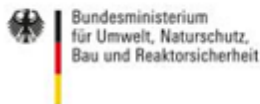
Deutscher Naturschutzring – Jahresbericht 2015

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V. (DNR)
Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 – 678 1775 – 70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

Redaktion: Helga Inden-Heinrich (verantw.), Anke Draheim, Annika Villmow, Bjela Vossen, Daniel Hiss, Eric Janacek, Iris Kiefer, Jürgen Maier, Maria Bossmann, Marie-Luise Abshagen, Michael Krieger, Theresa Klostermeyer

Förderhinweis

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| 2015: Nachhaltigkeitspolitik von der Aufklärung zur Gestaltung | 1 |
| Aktivitäten des DNR | 2 |
| EU-Koordination | 6 |
| Projekt „Lust auf Zukunft! Sozial-ökologische Gerechtigkeit und Transformation“ | 9 |
| Projekt „Reform des Bundesberggesetzes“ | 12 |
| Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in Gründung | 15 |
| Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung | 16 |
| Kampagne „Meine Landwirtschaft“ | 19 |
| Anhang | 21 |

2015: Nachhaltigkeitspolitik von der Aufklärung zur Gestaltung

Das Jahr 2015 stand umweltpolitisch unter dem Eindruck wichtiger internationaler Vereinbarungen. Während auf dem G7-Gipfel in Elmau eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft für Mitte des Jahrhunderts beschlossen wurde, haben die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) von New York die Nachhaltigkeit zur zentralen Leitlinie der Politik gemacht. Mit dem Pariser Klimaabkommen wurde schließlich ein klares Bekenntnis zum Kampf gegen die Klimakrise durch Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad abgelegt. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, wie ernst die Bundesregierung ihre internationalen Verpflichtungen meint. Denn die Klima- und Nachhaltigkeitsziele machen deutlich, dass wir vor einem grundlegenden Wandel der bisherigen Wirtschaftsweise stehen, wenn wir nicht unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen vernichten wollen. Aufgabe des DNR und seiner Mitgliedsorganisationen wird es sein, eine konsequente Umsetzung dieser Vereinbarungen in nationales Recht zu erreichen.

Neben dem Klimawandel gehören aber auch der Verlust der Artenvielfalt, die Überdüngung mit Stickstoff und Phosphor sowie der Landschaftsverbrauch zu den planetaren Belastungsgrenzen, die wir in den letzten Jahren in Deutschland überschritten haben. Hier müssen wir unverzüglich handeln – politisch und gesellschaftlich. Der DNR setzt sich daher für einen Ausstieg aus der Nutzung fossilen Kohlenstoffs und den Erhalt der Artenvielfalt ein. Um einen Kurswechsel beim Verlust der biologischen Vielfalt zu erreichen, engagiert sich der DNR auch für eine naturverträgliche Landnutzungspolitik. Dies betrifft insbesondere die überfällige Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik nach dem Prinzip „Geld gegen Leistung“. Auf europäischer Ebene hat sich der DNR im vergangenen Jahr darüber hinaus dafür stark gemacht, dass sich EU-Kommissionspräsident Juncker von seiner umweltschädlichen Deregulierungsagenda verabschiedet und ein Bekenntnis für den Erhalt der europäischen Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung ablegt.

Aktivitäten des DNR 2015

Im Jahr 2015 organisierte der Deutsche Naturschutzring (DNR) Veranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen, formulierte in Form von Pressemitteilungen und Positionspapieren Forderungen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen, unterstützte und koordinierte die Zusammenarbeit der DNR-Mitgliedsverbände und setzte sich gesamtgesellschaftlich für den Natur-, Tier- und Umweltschutz ein. Eine detaillierte Liste der Veröffentlichungen, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Spitzengespräche des DNR im Jahr 2015 befindet sich im Anhang.

Klimaschutz

Die Aktivitäten zum Klimaschutz haben 2015 angesichts der globalen Klimaverhandlungen auf der COP 21 in Paris einen wichtigen Raum eingenommen. Der DNR hat für das Aktionsbündnis Klimaschutz zur Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 der Bundesregierung die Koordination beteiligter Verbände und Institutionen übernommen. Das Aktionsbündnis Klimaschutz wurde zur Umsetzung beschlossener Maßnahmen als auch zur Aktivierung und Identifizierung von Potenzialen und weiteren Handlungsmöglichkeiten einberufen. Außerdem fand am 25. und 26. Juni die Auftaktkonferenz für den Dialogprozess zum Klimaschutzplan 2050 teil. In die folgenden Veranstaltungen und Aktivitäten zum Dialogprozess brachte sich der DNR koordinierend ein.

Am 12. Dezember wurde auf der COP 21 in Paris das globale Klimaschutzabkommen beschlossen, das die Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau fest schreibt. In einer Stellungnahme begrüßt der DNR, dass sich die Staatengemeinschaft mit dem Abkommen von Paris der Herausforderung des Klimawandels stellt. Der DNR hatte schon lange gefordert, dass der Klimawandel unter 2 Grad begrenzt werden müsse, da bei einer Erwärmung von 2 Grad bereits Regionen der Erde nicht mehr rettbar wären. Viele Formulierungen des Abkommens sind jedoch hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der DNR wird den Ratifizierungsprozess begleiten und sich weiterhin für eine klimafreundliche Zukunft in Deutschland einsetzen.

Bundesverkehrswegeplan

Bei zwei Verbandesgesprächen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) wurden bisherige Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen vorgestellt und über Forderungen, Perspektiven, Hemmnisse, Chancen und Handlungsbedarf für den bevorstehenden Prozess der Gesetzes-Novellierung diskutiert. Erstmals erschien in den Zielvorgaben des Bundesverkehrswegeplans Vermeidung von Straßenbau, Lärmvermeidung, Lärminderung, Begrenzung der Inanspruchnahme von Natur und Landschaft und Begrenzung des zusätzlichen Flächenverbrauchs. Inwieweit sich der konkrete Gesetzentwurf zum Bundesverkehrswegeplan an diesen als positiv zu bewertenden Zielen orientiert, wird in der weiteren inhaltlichen Begleitung des Gesetzgebungsprozesses vom DNR kritisch verfolgt.

Nationales Naturerbe

Die Strategiegruppe Naturschutzflächen des DNR setzte sich 2015 weiter für die langfristige Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes als wesentlichen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland ein. Am 17. Juni hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages weitere rund 31.000 Hektar ehemaliger Militärfächen, verteilt auf 62 Liegenschaften, als 3. Tranche des Nationalen Naturerbes beschlossen. Die in der Strategiegruppe Naturschutzflächen vertretenen Umweltstiftungen und Umweltverbände begrüßten diesen Beschluss. Enttäuschend waren allerdings die verschärften Rahmenbedingungen zu Lasten der Verbände und Stiftungen durch die wahrscheinlich keine einzige Fläche der 3. Tranche an eine Naturschutzorganisation übertragen wird. Im Gegensatz zur Übertragung der Gebiete an Stiftungen und Verbände ist eine Privatisierung der Flächen in weiterer Zukunft nicht ausgeschlossen. Hinsichtlich zunehmender Erfordernisse im Hochwasserschutz ist

die fortlaufende Privatisierung von BVVG-Naturschutzflächen in wertvollen Auen- und Überschwemmungsgebieten besonders kritisch.

Nature alert

Im Jahr 2015 begann die Europäische Kommission mit einem sogenannten „Fitness-Check“ der EU-Vogelschutzrichtlinie, der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und des weltgrößten Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000. Dazu schaltete die EU-Kommission vom 30. April bis 24. Juli eine öffentliche Online-Konsultation. Über eine halben Million (520.325) Bürger*innen Europas und damit mehr als 94 Prozent der gesamten Teilnehmer*innen der Konsultation haben die europaweite Kampagne Nature Alert, gegen die Aufweichung der Naturschutzrichtlinien, unterstützt. Damit votierten Sie eindeutig für die bessere Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der EU-Vogelschutzrichtlinie. Noch nie gab es bei einer öffentlichen Konsultation der EU eine so hohe Beteiligung. Dies ist vor allem auf die Mobilisierungsaktion von 120 Umweltorganisationen aus 28 Mitgliedstaaten zurückzuführen. In Deutschland bestand die Kooperation aus DNR, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und World Wildlife Fund (WWF).

DNR-Förderprojekt „Mehr Agrarökologie!“

Nach erfolgreicher Initialisierung des Projektes im Herbst 2014 konnte bereits im Februar 2015 aus einer Vielzahl an Bewerbungen der erste Förderpreisträger im Rahmen der BIOFACH, der Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel, ausgezeichnet werden. Dieser frühe Meilenstein war gleichzeitig der Grundstein für die zweite Bewerbungsrunde. Die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen konnte sich sehen lassen. Mehr als 50 Landwirte aus allen Bereichen der Agrarwirtschaft traten im Wettbewerb um eine Umstellungsförderung gegeneinander an. Ein Expertengremium aus DNR-Agrarexperten und Vertreter*innen der führenden Anbauverbände Deutschlands wählten im Sommer 2015 neun Betriebe mit vorbildlichen Umstellungskonzepten für eine Förderung aus. Die Preisverleihung im Rahmen des Erntedankfestes auf einem der Preisträgerhöfe stellte gleichzeitig die Übergabe des Projektes dar. Nach der einjährigen Pilotphase wurde die Projektkoordination an den Mitgliedsverband NABU übergeben. Bis dahin konnten rund 1500 ha Land für die ökologische Landwirtschaft gewonnen werden. Damit wurden die Erwartungen, die sich ursprünglich im Rahmen von 1000 ha bewegten, weit übertroffen.

Politische Gespräche

Es fanden zahlreiche Veranstaltungen und Gespräche statt, bei denen natur-, tier- und umweltschutzpolitische Forderungen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen deutlich gemacht wurden. Dazu koordinierte der DNR Themen, Thesenpapiere und Teilnehmer*innen der Mitgliedsorganisationen und weiterer Verbände.

Das LANA – Verbändegespräch am 17. Juni wurde in vertraulicher Atmosphäre durchgeführt und fand allgemein eine sehr positive Resonanz. In einem Verbändegespräch zum Meeresschutz mit der Referatsleiterin für Meeresnaturschutz des BMUB, Nicola Breier, am 1. Juli wurde sich zu MSRL-Maßnahmenprogrammen, Fischereimanagement in den Natura 2000-Gebieten der AWZ und Entwürfen der Schutzgebietsverordnungen für die AWZ ausgetauscht. Die Sitzung der Umweltminister*innenkonferenz am 2. Juli fand großes Interesse und die hohe Präsenz von Vertreter*innen der Landespolitik und Umweltverbände unterstrich die gegenseitige Wertschätzung und Bedeutung des Austausches. Beim Leitungsgespräch der Verbände mit Bundesumweltministerin, Barbara Hendricks, am 23. September wurden die Themen Nationale Biodiversitätsstrategie, Meeres- und Gewässerschutz, Ressourcen und Verkehr besprochen. Mit der Präsidentin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger, wurde beim Leitungsgespräch der Verbände am 29. September mit einem breiten Kreis von Umwelt-, Entwicklungs-, Jugend-, Verbraucher- und Sozialorganisationen die Themen Suffizienz und Soziale Gerechtigkeit besprochen.

Generalsekretär*in

Im Januar 2015 hat die Diplom-Agraringenieurin Liselotte Unseld die Stelle als Generalsekretärin des Dachverbands der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände aufgenommen. Sie hatte damit die Nachfolge des langjährigen DNR-Generalsekretärs Helmut Röscheisen, der sich im Dezember 2014 nach fast 35 Jahren an der Spitze des Dachverbands in den Ruhestand verabschiedet hat, angetreten. Die Zusammenarbeit wurde im Juni 2015 im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Die Aufgaben der Generalsekretärin wurden bis Jahresende von der Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich mit übernommen.

Verbändeforum

Auf dem DNR-Verbändeforum wurde Bilanz über den 32. Deutschen Naturschutztag (DNT) 2014 in Mainz gezogen und ein Ausblick auf die Planung des 33. DNT 2016 in Sachsen-Anhalt gegeben. Künftig sollen auch junge Erwachsene jenseits klassischer Verbandsstrukturen verstärkt in die Deutschen Naturschutztage einbezogen werden. Steffi Ober von der Vereinigung deutscher Wissenschaftler*innen berichtete aus dem Projekt „Forschungswende für mehr Partizipation und Transparenz“ und betonte die Dringlichkeit der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen bei der Vergabe öffentlicher Forschungsmittel. Elke Bruns vom Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) zog ein Fazit über den Entwurf des Bundesumweltministeriums zur Bundeskompensationsverordnung (BKompV), der deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb. Torsten Ehrke von der Grünen Liga stellte einen DNR-Projektvorschlag im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt vor, wodurch langfristige Projekte mit Vorbildcharakter zum Schutz der Biodiversität in vier Modellregionen initiiert werden.

DNR-Mitgliederversammlung 2015 – Wahl des neuen Präsidenten und Schatzmeisters

Am 28. November fand die Mitgliederversammlung des DNR in Berlin statt. Gastredner war Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe. Er stellte die Umweltenzyklika „Laudato si – zur Verantwortung im Umgang mit der Schöpfung“ von Papst Franziskus vor. Darin entwickelt der Papst ein ganzheitliches Verständnis ökologischer und sozialer Herausforderungen der Menschheit. Die Mitgliederversammlung würdigte die Enzyklika als ein bemerkenswertes umweltpolitisches Dokument. Weiterhin berichteten die Präsidiumsmitglieder, die Geschäftsführerin und die Projektleiter*innen von ihrer Arbeit im Jahr 2015.

Der Nachhaltigkeitsexperte Prof. Dr. Kai Niebert (Jg. 1979) wurde mit großer Mehrheit zum neuen DNR-Präsidenten gewählt. Er folgt auf Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, der sein Amt als DNR-Präsident aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen am 9. Februar niedergelegt hatte. Kai Niebert ist seit seiner Geburt durchgehend NaturFreunde-Mitglied und seit über 30 Jahren ehrenamtlich für Umwelt-, Naturschutz und Nachhaltigkeit engagiert. Von 2005 bis 2011 war er Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands und wurde im März 2011 deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Ab 2008 vertrat er die Jugendumweltverbände im Präsidium des DNR und wurde 2012 als Beisitzer in das Präsidium gewählt. Als Leiter des Lehrstuhls Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit an der Universität Zürich und Gastprofessor an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg liegt der Schwerpunkt seines Wirkens in der Vermittlung verschiedener Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung. Am Herzen liegt ihm insbesondere die Förderung eines besseren gesellschaftlichen Verständnisses für eine nachhaltige Zukunft. „Das Ziel als Naturschutzring wird es sein, starke Bündnisse für ein umwelt- und menschenfreundliches Deutschland in Europa zu schmieden“, so Kai Niebert.

Nach dem Rücktritt der Schatzmeisterin Cornelia Blumenschein wurde das Präsidiumsmitglied Sebastian Schönauer zum neuen Schatzmeister des DNR gewählt. Im Natur- und Umweltschutz engagiert er sich seit 37 Jahren im BUND Naturschutz in Bayern, dessen stellvertretender Landesvorsitzender er seit 1992 ist. Er vertritt den DNR im Leitungskreis des Forum Umwelt & Entwicklung (FUE). Darüber hinaus setzt er sich insbesondere für den nachhaltigen Gewässer-Schutz als integralen Bestandteil eines erfolgreichen Naturschutzes ein.

Im Oktober hat das Präsidium des DNR Florian Schöne als neuen Generalsekretär und politischen Geschäftsführer zum 01. Januar 2016 eingestellt. Florian Schöne ist Experte im Bereich Naturschutz, Landwirtschaft und Landnutzungspolitik und bringt jahrelange Erfahrungen im verbandlichen Natur- und Umweltschutz mit.

Internetauftritt

2015 wurde mit dem Prozess zur Umgestaltung des Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit begonnen. Im Zuge eines Relaunch soll der Internetauftritt zeitgemäß umgestaltet und technisch überarbeitet werden, um die Internetauftritte der einzelnen DNR-Projekte künftig in die Hauptseite www.dnr.de einzubinden.

DNR Geschäftsstelle

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

Liselotte Unseld (Generalsekretärin bis 06/15)
Helga Inden-Heinrich (Geschäftsführerin)
Doris Rohde (bis 06/15)
Maria Bossmann (ab 10/15)
Aroti Briand
Anke Draheim
Eric Janacek (Elternzeitvertretung Juliane Grüning)
Heike Pagel
Yvonne Sandberg
Jurek Brzoska (FÖJ ab 09/14)
Aylin Sprünken (FÖJ ab 09/14)
Alexandra Müller (FÖJ ab 09/15)
Pauline Weckwerth (FÖJ ab 09/15)

Redaktionsbüro umwelt aktuell

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 82
E-Mail: eu-info@dnr.de
www.dnr.de

Helga Inden-Heinrich (verantw.)
Marion Busch
Eric Janacek

EU-Koordination

Auch im Jahr 2015 hat die EU-Koordinationsstelle des DNR mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen, dem elektronischen EU-Umweltnewsletter und der Website www.eu-koordination.de die deutsche Natur-, Tier- und Umweltschutzszene über Entwicklungen auf europäischer Ebene informiert. Das Team der EU-Koordinationsstelle hat im Rahmen der Projekte „EU-Umweltpolitik Reloaded“, „Mission Kommission“ und „Fit – Fitter – REFIT?“ daran gearbeitet, die Aktivitäten der NGOs national und auf europäischer Ebene besser zu koordinieren, EU-politische Themen aufzubereiten und den Kreis der Europa-Aktiven zu vergrößern. Dabei half der enge Kontakt mit europäischen Partnerorganisationen wie dem Europäischen Umweltbüro. Im Kampf gegen die Deregulierungsbestrebungen der EU auf Kosten der Umwelt und der Bürger*innen fokussierten die Projektmitarbeiter*innen thematisch insbesondere auf die EU-Naturschutzrichtlinien, den europäischen Bodenschutz, das Kreislaufwirtschaftspaket und die Energie- und Klimapolitik.

Begleitete politische Prozesse

Die neue EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker ist seit Anfang November 2014 im Amt. Sie fokussiert mit Junckers zehn Prioritäten ausschließlich auf Wirtschaftswachstum und reduziert die Umweltthemen auf „eine fortschrittliche Klimapolitik“ im Rahmen der Energieunion. Eine nachhaltige Entwicklung Europas oder ein grünes Wachstum gehörten nicht zu den Prioritäten. Junckers 315 Milliarden Investmentpaket war weder mit den Zielen der Wirtschaftsstrategie Europa 2020 noch mit dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung abgestimmt. Durch die Hierarchisierung der neuen EU-Kommission und die Verschmelzung des Umwelt- und Fischereiressorts hatten es Umweltthemen schwer, sich gegen die Wirtschafts- und Deregulierungsagenda der Kommission durchzusetzen. Auf Druck der Umweltverbände und des Europäischen Parlaments ist der 1. Vizepräsident Frans Timmermans neben besserer Rechtsetzung auch für Nachhaltigkeit zuständig. Doch neue Initiativen zum Umweltschutz wie die Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms (7. UAP) sind weder im Arbeitsauftrag des Kommissars für Umwelt, Fischerei und Maritime Angelegenheiten Karmenu Vella zu finden, noch sind sie von Seiten der Kommission gewünscht, da sie nicht in ihre Agenda von Jobs, Wachstum und Wettbewerb passen. Auch im Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 blieb die Umsetzung des 7. UAPs wie beispielsweise eine europäische Bodengesetzgebung unberücksichtigt. Im Gegenteil. Juncker und Timmermans hatten das schon im Gesetzgebungsprozess befindliche Abfallpaket Anfang 2015 zurückgezogen. Auf Druck von Rat, Parlament und der Umweltverbände musste die Kommission aber ein neues Kreislaufwirtschaftspaket vorlegen. Allerdings wurde die Kommission ihrem Anspruch es „ambitionierter“ zu gestalten mit ihrem neuen Legislativvorschlag vom Dezember 2015 nicht gerecht.

Die Kommission hat unter REFIT (Regulatory Fitness and Performance Programme) 126 Gesetzgebungsvorschläge zurückgezogen, darunter die Bodenrahmenrichtlinie und die Richtlinie zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Außerdem hat sie weitere konkrete Schritte zur Deregulierung geplant. Dazu gehören im Umweltbereich Vereinfachungsmaßnahmen beim Greening und bei den Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Zudem hat sie 2015 einen sogenannten Fitness-Check der Naturschutzrichtlinien (Vogelschutz- und Fauna Flora Habitatrichtlinie) angestoßen. Dazu konsultierte die Kommission 2015 die Mitgliedstaaten und Interessensvertreter*innen sowie die Öffentlichkeit.

Am 19. Mai hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur „besseren Rechtsetzung“ vorgestellt – eine Deregulierungsagenda zu Gunsten der Wirtschaft, Jobs, Wachstum und Wettbewerb. Alle bestehenden Rechtsakte, die der Wirtschaft in Europa – und nach dem geplanten Abschluss vom EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP auch der Wirtschaft in den USA – nicht „passen“, kann die Kommission dann aufschnüren und „wirtschaftsfreundlich“ umgestalten. Gefährdet sind insbesondere die Gesetzgebungen, die dem Umwelt- und Verbraucherschutz, den Sozialstandards sowie dem Vorsorge-

prinzip der EU dienen. Zudem verhindern neue Mechanismen und Gremien wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle und die neue Struktur der EU-Kommission, dass neue, ambitionierte Gesetzgebungen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit verabschiedet werden, sofern sie Kosten für die Wirtschaft oder Verwaltung erzeugen. In diesem Rahmen hat die Kommission auch eine neue Folgenabschätzung eingeführt, die einen verstärkten Fokus auf die Kosten für die Wirtschaft legt. Außerdem hat die EU-Kommission mit Hilfe einer neuen „interinstitutionellen Vereinbarung für bessere Rechtsetzung“ ihre eigene Stellung im Gefüge der Institutionen gestärkt – wenngleich auch Rat und Parlament in den Trilogverhandlungen nachgebessert haben. 66 europäische Umwelt-, Verbraucherschutz-, Sozialverbände und Gewerkschaften, darunter der DNR, haben sich 2015 zum „Better Regulation Watchdog“-Netzwerk zusammengeschlossen, das die Rechte von Bürger*innen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen vor den neuen Deregulierungsbestrebungen der EU schützen will. Etwas positiver sah es im Themenfeld Klima/Energie aus, da dieses im Rahmen der Energieunion im Fokus der EU-Kommission steht. Nach Verabschiedung der 2030-Ziele für CO₂-Minderung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Oktober 2014 hat die Kommission Juli 2015 ihren Vorschlag für eine Revision des EU-Emissionshandels vorgelegt. 2016 soll das neue Effort-Sharing für nationale Klimaziele in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels folgen. Auch bei der Umsetzung der 2030-Ziele ist jedoch die Regulierung über verbindliche Gesetzgebung unter Druck, wie vor allem in der Debatte über die Umsetzung der 2030-Ziele für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz sichtbar.

Neben dem Emissionshandel konzentrierte sich die Debatte 2015 vor allem auf den so genannten „Governance-Mechanismus“. Dieser soll die Umsetzung der 2030-Ziele durch das verbindliche Erneuerbare Energie und des unverbindlichen Energieeffizienzziels sicherstellen. Das ist insbesondere für das Erneuerbare-Energien-Ziel wichtig, da es im Gegensatz zum 2020-Ziel nur auf EU-Ebene verbindlich ist. Diese Governance-Debatte wurde weiter befeuert durch die Strategie für eine Energieunion, die die Kommission im Januar 2015 veröffentlicht hat und die die nationale Energiepolitik der Mitgliedstaaten koordinieren soll.

Im November 2015 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten Bericht zum „Zustand der Energieunion“. Darin bekräftigte sie erneut ihr Bestreben, das 2030-Energieeffizienzziel im Zuge der Revision der Energieeffizienzrichtlinie von momentan 27 auf 30 Prozent anzuheben. Die Anhebung des Energieeffizienzziels ist damit eine zentrale politische Chance für das Jahr 2016. Mit den Ergebnissen von Paris ist die Situation eingetreten, möglicherweise genug Momentum herzustellen, dass die EU nicht nur ihre 2030-Ziele für Energieeffizienz, sondern auch die Ziele zu Treibhausgasreduktionen und für den Ausbau erneuerbarer Energien nochmal überarbeitet.

Vernetzungs-, Lobby- und Presseaktivitäten

Eine zentrale Aufgabe der EU-Koordination ist die Schnittstellenfunktion zwischen Brüssel und Berlin. Dabei kam 2015 der Aufarbeitung von Informationen in Newslettern und Publikationen als auch der Netzwerk- und Lobbyarbeit eine Hauptrolle zu. Eine dreitägige Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel trug dazu bei, den Kreis der aktiven Umweltlobbyist*innen in Europa zu vergrößern. Eine High-Level Lobbyfahrt ermöglichte den deutschen Verbandsspitzen Gespräche mit Parlamentspräsident Martin Schulz, verschiedenen Europaparlamentarier*innen und Vertreter*innen der EU-Kommission sowie eine Vernetzung mit den europäischen Dachverbänden. Zu den aktuellen europäischen Klima- und Energiethemen etablierte die EU-Koordination regelmäßige Austausch- und Vernetzungstreffen für die deutsche Verbändeszene. Ein EU-politischer Umweltimpuls informierte die Teilnehmer*innen über die neuesten Deregulierungstendenzen in der EU. Eine detaillierte Liste der Veranstaltungen der DNR EU-Koordination befindet sich im Anhang. Auch koordinierten die Projektmitarbeiter*innen verschiedene Verbändebriefe an Parlamentspräsident Martin Schulz, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Umweltkommissar Karmenu Vella zu den Themen Governance, Naturschutzrichtlinien, Kreislaufwirtschaft, bessere Rechtsetzung sowie zur NEC-Richtlinie. Ein DNR-Forderungspapier für eine EU-weite

Bodenschutzpolitik vernetzte nicht nur die Aktiven, sondern leistete auch einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung des Prozesses.

Publikationen und Informationsservice

2015 erarbeitete die EU-Koordination eine Reihe von Print- und Onlinepublikationen, darunter eine vollständig überarbeitete Auflage des Brüsseler 1x1 für Umweltbewegte sowie Steckbriefe bzw. Factsheets zu den Themen Überarbeitung der Naturschutzrichtlinien, der Umsetzung der Klima- und Energieziele für 2030, zu den Deregulierungs- und Entdemokratisierungstendenzen in der EU, zu Biokraftstoffen, zu den Freihandelsabkommen EU-USA TTIP und EU-Canada CETA, zur Kreislaufwirtschaft, zum Luftpaket sowie zu Ökodesign. Eine Liste befindet sich im Anhang.

Jeden Donnerstag verschickte die EU-Koordination des DNR einen kostenlosen elektronischen Newsletter zur EU-Umweltpolitik. Dieser Informationsservice bot den Leser*innen auch 2015 einen aktuellen Überblick über die wichtigsten europäischen Umweltthemen der laufenden Woche und über Termine der EU-Institutionen. Die Abonnent*innenzahl steigt stetig und umfasst zurzeit mehr als 2.900 Interessierte aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Newsletter ist über die Seite www.eu-koordination.de zu beziehen.

Internetauftritt

Auf dem Portal zur europäischen Umweltpolitik www.eu-koordination.de gab es auch 2015 an zentraler Stelle die Umweltnews, die den unterschiedlichen Politikfeldern zugeordnet sind. Bereits die Startseite gibt einen Überblick über EU-Termine und laufende Konsultationen. Sie enthält neben den aktuellen Meldungen über EU-Umwelt- und Naturschutzpolitik weiterführende Adressen und Links, Grundsatzinformationen über Institutionen und Gesetzgebung der EU, Ansprechpartner*innen im EU-Parlament und bei Brüsseler Verbänden sowie Expert*innen der Mitgliedsverbände. Die Internetseite www.umweltcheck-euoparl.de gibt einen Überblick über die 96 deutschen EU-Parlamentarier*innen und regionale Umwelt-NGOs, um die Kontaktaufnahme zwischen lokalen und europäischen Akteur*innen zu vereinfachen. Die deutschen EU-Parlamentarier*innen der Legislaturperiode 2014–2019 sind nach Fraktion, Ausschusstätigkeit und Bundesland sortiert.

EU-Koordination

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 85

E-Mail: eu-info@dnr.de

www.eu-koordination.de

www.umweltcheck-euoparl.de

Bjela Vossen (Leitung)

Antje Mensen (wieder seit 04/15)

Markus Kutzker (bis 08/15)

Lavinia Roveran

Elena Schäggen

Projekt „Lust auf Zukunft! Sozial-ökologische Gerechtigkeit und Transformation“

Das DNR Projekt „Lust auf Zukunft“ regte auch im Jahr 2015 die DNR-Mitgliedsorganisationen zur Auseinandersetzung mit dem gesamtgesellschaftlichen Wandel und den Themen Generationengerechtigkeit, ökologische Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation an. Dabei entstanden neue Netzwerke, neue Strategien wurden entwickelt und neue Ideen ausprobiert. Etablierte Verbände, kleinere und größere Vereine, lokale Projekte aber auch die öffentliche Verwaltung waren Teil dieses Prozesses.

Ziele des Projekts sind:

* vernetzen: Kennenlernen, fördern, Raum schaffen voneinander zu lernen, Umweltakteur*innen mit weiteren Feldern der Zivilgesellschaft zusammenbringen oder Ideen und Ergebnisse von Projekten übermitteln und verbreiten in die jeweils anderen Kontexte.

* unterstützen: Ansprechpartner*in sein bei Fragen rund um Transformation, Akteure, Netzwerke, Prozesse etc., inspirierende Ansätze suchen und weitergeben, externe Expertise vermitteln.

* anregen: Zu Themen ökologischer Gerechtigkeit und für Transformationsthemen sensibilisieren, über Nachhaltigkeitsverständnisse diskutieren, „bigger picture“ vermitteln zu relevanten Themen und Aspekten von Transformation.

Visionen zu Gemeinschaft, Solidarität und Verantwortung als Ziele von transformativer Arbeit über die rein ökologische Brille hinaus wurden vermittelt, dabei Empowerment, bottom-up-Prozesse und echte Partizipation gefördert und suffizienzorientierte Ansätze im Sinne einer starken Nachhaltigkeit verbreitet.

Veranstaltungen und Vernetzungsaktivitäten:

Bereits 2014 ist die Arbeitsgruppe „Wachstum und gutes Leben“ aus dem ersten Vernetzungstreffen „Ökologische Wende vs. Sozialpolitik? - Zielkonflikte, potenzielle Synergien und zivilgesellschaftliche Innovationen“ entstanden. Im Jahr 2015 waren Greenpeace, das Bundesjugendwerk der AWO, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ), der WWF, die BUNDjugend, die Naturschutzjugend (NAJU) und der DNR bei den kontinuierlichen Treffen vertreten. Neben einem regelmäßig stattfindendem Austausch zum Thema wurden spezifischen Themen wie „buen vivir“ und „Gemeinwohlökonomie“ bearbeitet und Diskussionsaufschläge zu Auswirkungen von permanentem Wirtschaftswachstum auf verschiedene Komponenten guten Lebens (wie bspw. Generationengerechtigkeit, Freiheit, Bildung etc.) verfasst.

In einem generationenvereinenden Workshop „Gemeinsame Sache machen! Alt und Jung für eine nachhaltige Mobilität“ am 5. März tauschten sich Kinder, Jugendliche, Senior*innen und Akteur*innen aus Politik und Zivilgesellschaft über Herausforderungen und Abhängigkeiten im Bereich Mobilität aus. Inputs vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) und vom Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) sowie World-Cafés regten die Teilnehmer*innen an über individuelle und systemische Veränderungspotentiale, mögliche politische Forderungen, generationenvereinende Projekte und Inspirationen für die eigene Arbeit zu diskutieren.

Beim generationenverbindenden Stadtrundgang „Wirtschaft anders machen - morgen gestalten mit Ideen von gestern und heute“ am 14. März in Leipzig wurden Alternativprojekte zum vorherrschenden Wirtschaftsmodell, wie Umsonstläden, Repair-Cafés und Gemeinschaftsgärtnereien besucht und

vor Ort mit den Aktiven aus den Projekten diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass es generationenübergreifend einen hohen Bedarf gibt, sich über die aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation auszutauschen. Zudem herrscht eine zunehmende Unzufriedenheit über Wegwerfgesellschaft und Konsumismus.

Aufbauend auf dem ersten Vernetzungsworkshop „Ökologische Wende vs. Sozialpolitik?“ 2013 diskutierten Vertreter*innen aus Umweltorganisationen, Sozialverbänden, Entwicklungszusammenarbeit, Verwaltung und lokalen Initiativen am 19. März bei der Abschlusskonferenz „Die neue Lobby! – Für nachhaltige Gerechtigkeit und gerechte Nachhaltigkeit“ über Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik und tauschten sich in Diskussionsforen und Podien insbesondere über Methoden und Instrumente, zur erfolgreichen segmentübergreifenden Zusammenarbeit aus.

Der gemeinsame Bürger*innendialog „Gut Leben in Deutschland“ von DNR und AWO am 1. September in Berlin diente dem Zusammenführen ökologischer und sozialer Fragestellungen und verdeutlichte die großen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht nur innerhalb deutscher Landesgrenzen. DNR-Präsident Kai Niebert nahm mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Fritz Felgentreu, MdB, am Dialogprozess im Rahmen einer Podiumsdiskussion teil.

Der gemeinsame Workshop der AG „Gutes Leben“ auf dem Kongress für solidarische Ökonomie (SO-LIKON) vom 10. bis 13. September diente hauptsächlich der weiteren Vernetzung von Akteur*innen aus Verbänden mit unterschiedlichen Hintergrund und Fachwissen unter der Fragestellung: „Warum machen sich überhaupt Kirchen-, Sozial-, Jugend- und Umweltverbände gemeinsam Gedanken zu der Frage, wie wir heute wirtschaften?“.

Weiterhin brachten sich die Projektmitarbeiter*innen unterstützend in den Workshop „Just Transition - Konzept, Strategieentwicklung und Vernetzung“ der Rosa-Luxemburg Stiftung und Robin Wood sowie den Bürger*innendialog mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ein.

Publikationen

Der monatliche Informationsdienst umwelt aktuell wurde genutzt, um das Konzept der sozial-ökologischen Gerechtigkeit sowie unterschiedliche Verständnisse des neuen Leitbildes „Transformation“ in komprimierter und gut verständlicher Form zu vermitteln. Dabei wurden unterschiedliche Aspekte der sozial-ökologischen Gerechtigkeit in Gastartikeln, Interviews oder Kommentaren berücksichtigt.

- ❖ 05/2015: „Generationendialog: Gemeinsam gelingt Gerechtigkeit.“ Artikel von Theresa Klostermeyer (Projektkoordination)
- ❖ 08/2015: „Gutes Leben. Die Politik muss ran!“ Interview von Hauke Ebert und Theresa Klostermeyer mit Prof. Kai Niebert zum Verständnis der sozial-ökologischen Transformation und der Rolle der Politik in Deutschland. (Das Interview ist auch auf der Internetpräsenz der Bundesregierung zum Bürgerdialog veröffentlicht worden)
<http://www.nachhaltigkeitscheck.de/sites/default/files/Interview%20Kai%20Niebert.pdf>
- ❖ 10/2015: „Das gute Leben in Deutschland und Buen Vivir.“ Gastbeitrag von Thomas Fatheuer (KoBra – Kooperation Brasilien, ehemals Leiter des Auslandsbüros der Heinrich-Böll Stiftung in Lateinamerika)
<http://www.nachhaltigkeitscheck.de/sites/default/files/Erfahrungsbericht%20Thomas%20Fatheuer.pdf>
- ❖ 10/2015: „Wachstumskritik im Fokus.“ Beitrag von Hauke Ebert anlässlich des Bürgerdialogs von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks am 07. September 2015 in Berlin.

- ❖ gemeinsame Veröffentlichungen von Prof. Kai Niebert (Präsident DNR) und Thomas Fatheuer (ehemals Heinrich-Böll Stiftung Lateinamerika) zu Bürgerdialog „Gut Leben in Deutschland“ mit dem Bundesverband der AWO im Haus der Demokratie, Berlin

Internetauftritt

Auf der Homepage www.nachhaltigkeits-check.de werden Projekte der DNR-Mitgliedsorganisationen, weitere Akteure, Werkzeuge, Termine und Texte zum Thema sozial-ökologische Gerechtigkeit und Transformation gesammelt und dargestellt. Im Zuge des Gestaltungs- und Planungsprozess für den Relaunch des DNR-Internetauftritts wurde mit der Überarbeitung der Inhalte begonnen.

Projekt Lust auf Zukunft!

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 87

E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de

www.nachhaltigkeits-check.de

Theresa Klostermeyer

Hauke Ebert

Projekt „Reform des Bundesberggesetzes“

Auch im Jahr 2015 hat das Projekt „Umwelt- und Ressourcenschutz und Reform des Bundesberggesetzes“ daran gearbeitet, die Defizite des gültigen Bergrechts stärker in der deutschen Öffentlichkeit, in der Politik und in den Umweltverbänden zum Thema zu machen. Hierbei hat es seine im Sommer 2014 begonnene Arbeit fortgesetzt, die insbesondere konkretes Lobbying, die Verbreitung von Informationen und die Vernetzung von Einzelpersonen, Initiativen und Verbänden umfasst, die am Thema Bergrecht arbeiten bzw. interessiert sind.

Das Projekt soll die bis 2020 angestrebte Verdoppelung der Rohstoffproduktivität in Deutschland gegenüber 1994 unterstützen. Hierbei greift es Handlungsansatz 18 des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRes) auf, der die Prüfung einer verstärkten Integration des Ressourcenschutzes in geeignete Rechtsgebiete anspricht und als Beispiel neben anderen Bereichen ausdrücklich auch das Bergrecht nennt. Entsprechend liegt der politische Schwerpunkt auf der Beeinflussung konkreter Gesetzgebungsprozesse und dem Lobbying hin zu einer tatsächlichen Reform des Bundesberggesetzes (BBergG). Zugleich verfolgt das Projekt einen zweiten Schwerpunkt, der auf das Capacity-Building in den Umweltverbänden (und insbesondere den Mitgliedsorganisationen des DNR) abzielt.

Politischer Schwerpunkt: Fracking

In ihrem Koalitionsvertrag von Dezember 2013 verkündeten Union und SPD im Kapitel Gewässer und Meeresschutz zwar: „Wir werden eine Novelle des Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine unterirdische Raumplanung anstreben.“ Tatsächlich wird sich das BBergG im Laufe der 18. Wahlperiode wohl keiner ernsthaften Kur unterziehen müssen. Auch eine geplante Novellierung des Raumordnungsgesetzes und die damit verbundene Anpassung des ROG an die Anforderungen einer untertägigen Raumordnung liegen seit Monaten auf Eis. Die im Sommer 2014 mit einem Eckpunktepapier von Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angestoßene Regelung von Fracking in Deutschland bot hingegen einen Aufhänger, um anhand eines konkreten Gesetzgebungsprozesses auch über die notwendige Reform des BBergG zu diskutieren.

Am 1. April brachte das Bundeskabinett schließlich ein Gesetzespaket „zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie“ auf den Weg. Im Rahmen dieses Gesetzesprozesses wird das Bergrecht in Teilen aufgemacht und angepasst: Ausweitung der Bergschadensvermutung auf den Bohrlochbergbau, Einführung der UVP-Pflicht für Fracking-Vorhaben. Eine umfassende Regelung von Fracking im BBergG ist von der Regierung allerdings nicht gewollt. Stattdessen wird Fracking im Wasserhaushaltsgesetz geregelt. Auch wenn sich am Grundgerüst des Regelungsentwurfs in der folgenden parlamentarischen Diskussion nicht viel geändert hat, diente dieser Prozess als guter Katalysator, um Reformbedürftigkeit und Defizite des BBergG in Verbänden, Öffentlichkeit und Politik zu verdeutlichen. Das DNR-Projekt Reform des Bundesberggesetzes hat Aufbau und Koordinierung einer Arbeitsgruppe verschiedener Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie Bürgerinitiativen übernommen. Aus dieser Arbeitsgruppe heraus wurde erfolgreich gemeinsame Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Vernetzungs-, Lobby- und Presseaktivitäten

In Gesprächen mit Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien, Briefen, Pressekonferenzen und Aktionsbildern hat der DNR sich wiederholt für ein flächendeckendes Frackingverbot in Deutschland stark gemacht. Die Forderung nach einem Frackingverbot richtete der DNR gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus anderen Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, Entwicklungsorganisationen, kirchlichen Akteuren und Gewerkschaften in verschiedenen Briefen an die Bundesregie-

zung, Ministerpräsident*innen der Länder sowie an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. In einer gemeinsamen schriftlichen und mündlichen Stellungnahme unter www.dnr.de/downloads/stellungnahme-fracking.pdf nahm der DNR außerdem zusammen mit dem BUND an der Verbändeanhörung zu den Referentenentwürfen im Januar und Februar 2015 teil. Im Vorfeld des Kabinettsbeschlusses am 1. April lud der DNR zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD, der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zu einer Bundespressekonferenz und übte scharfe Kritik am geplanten Regelungspaket. Diesen Tenor hatten auch verschiedene Pressemitteilungen, die im Laufe des Jahres veröffentlicht wurden. In einer gemeinsamen Protestaktion vorm Bundeskanzleramt forderte der DNR am 1. April zum Kabinettsbeschluss: Fracking richtig verbieten!

Veranstaltungen

Im Rahmen der gemeinsamen Verbände-Arbeit zum Fracking-Gesetzespaket lud der DNR zu mehreren Vernetzungs- und Strategieworkshops ein – unter anderem im Vorfeld der mündlichen Verbändeanhörung sowie zu Beginn der Sommerpause. Ziel dieser Workshops war der Austausch der jeweiligen Positionen, eine bessere Koordinierung der Arbeit der einzelnen Akteure sowie strategische Absprache über gemeinsame Ziele und Vorhaben im Gesetzgebungsprozess. Darüber hinaus veranstaltete der DNR im September 2015 gemeinsam mit der FracTracker Alliance und dem Ecologic Institute USA eine offene Diskussion unter dem Titel „Wundermittel Fracking? Risiken und Nebenwirkungen am Beispiel der USA“. Die Veranstaltung sollte die Gesundheitsfolgen von Fracking in den USA und den Stand der politischen Debatte in Deutschland diskutieren. Am 2. Juni wurde in Berlin eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ob Bohrer oder Bagger – gemeinsame Strategien gegen fossile Ressourcenausbeutung“ durchgeführt, um die Perspektiven des Kohlewiderstands und der Anti-Fracking-Bewegung zusammen zu bringen und das strategische Potenzial des Bundesberggesetzes als gemeinsamen Handlungsansatz zu erörtern. In einem gemeinsamen Workshop zum Thema „Bundesberggesetz – Perspektiven, Entwicklungen, Reformbedarf“ im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK) am 2. September haben DNR und VdHK Anfang September ihre Sichtweisen auf das Bundesberggesetz ausgetauscht und den Reformbedarf des Bergbaurechts erörtert. Am 14. Dezember veranstalteten der Deutsche Naturschutzring (DNR) und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft den Workshop „Nicht in Stein gemeißelt: Modernisierung des deutschen Bergrechts für mehr Ressourcenschutz und Transparenz“. Die Referenten Oliver Weber vom Umweltbundesamt und Rechtsanwalt Dirk Teßmer führten in Begriffe und Systematik des BbergG ein und diskutierten die bergrechtlichen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren an konkreten Beispielen, wie etwa der Erweiterung des Braunkohletagebaus Garzweiler II oder der Braunkohleplanung in der Lausitz. Neben der Organisation eigener Veranstaltungen waren auch Veranstaltungsbesuche u.a. der Internationalen Rohstoffkonferenz des Bundeswirtschaftsministeriums Bestandteil der Projektarbeit.

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt Reform des Bundesberggesetzes nutzte auch 2015 unterschiedliche Kanäle um Projektergebnisse und Meinungen zu kommunizieren und zugänglich zu machen. Neben dem klassischen Instrument der Pressemitteilung griff das Projekt auch auf soziale Medien zurück. Unter dem Namen @ReformBbergG twitterte das Projekt 2015 erfolgreich und hat sich inzwischen auf diesem Kanal etabliert, kommentiert aktuelle politische Ereignisse und kommt mit anderen Akteur*innen ins Gespräch. Mit der Projekt-Homepage www.rohstoffe-zweinull.de eine weitere Plattform für die Inhalte des Projekts entstanden.

Mit dem Artikel „Fracking – Keine Technik, die begeistert“ (nur print), der im Februar im politikwissenschaftlichen Magazin Wissenschaft & Frieden erschien, bot das DNR-Projekt eine Einführung in die Fracking-Debatte und die Ursprünge der Anti-Fracking-Bewegung. Daneben veröffentlichte das

Projekt auch die Argumentationshilfe [„Die gängigsten Argumente von ExxonMobil unter der Lupe“](#) Hintergrundinformationen zum Fracking-Bohrstandort in Lünne und andere Debattenbeiträge. Viele Publikationen dienten zudem der kritischen Kommentierung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung. So erschien in der Februar-Ausgabe der DNR-Zeitschrift *umwelt aktuell* ein Kommentar unter [„Das nicht mehr ganz so strengste Fracking-Gesetz“](#), unter dem Titel „Risikotechnik ohne Nutzen“ veröffentlichte die *umwelt aktuell* im Juni zudem ein Interview mit Daniel Hiß, das einen Überblick über die Konsequenzen des geplanten Fracking-Gesetzes sowie eine Einschätzung zum weiteren politischen Prozess und bestehenden Handlungsspielräumen für zivilgesellschaftliche Organisationen gab. Zu den weiteren Veröffentlichungen des Projekts gehören eine [grafische Darstellung des bergrechtlichen Genehmigungsverfahrens](#) und [die grafische Darstellung der Unterscheidung zwischen grundeigenen und bergfreien Bodenschätzen](#). Des Weiteren erschien in der Ausgabe 2/2015 der Zeitschrift *Ökologisches Wirtschaften* (oekom-Verlag) ein Artikel unter dem Titel „Bundesberggesetz: Rohstoffabbau, sonst nichts“ (nur print), der einen Schwerpunkt auf die Defizite des deutschen Bergrechts insbesondere in den Bereichen Natur- und Ressourcenschutz sowie Öffentlichkeitsbeteiligung legt und das geplante Fracking-Gesetz als verpasste Chance für eine Reform des Bundesberggesetzes diskutiert. In der *umwelt aktuell* 10.2015 veröffentlichte das Projekt zudem einen Bericht zum gemeinsamen Bergrechts-Workshop mit dem Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK) unter dem Titel „Bergrechtsreform: Ein gemeinsames Anliegen“ (nur print).

Projekt Reform des Bundesberggesetzes

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 72

E-Mail: daniel.hiss@dnr.de

Daniel Hiss

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in Gründung

Das Projekt „Schaffung der Voraussetzung für den Aufbau eines Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE)“ hat seine Arbeit im Jahr 2015 erfolgreich fortgesetzt. Es wurden zahlreiche Gespräche mit unterschiedlichen Akteursgruppen der Energiewende sowie den Ländern geführt, um die zukünftigen Aufgaben, Themen und Strukturen für das zukünftige Kompetenzzentrum zu diskutieren und die dafür notwendigen Konzepte zu erarbeiten. In der ersten Jahreshälfte wurde die Stelle einer Juristischen Fachkraft besetzt, die insbesondere die Gründung des Kompetenzzentrums als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in gemeinnütziger Form (gGmbH) unterstützte. Außerdem unterstützte das Team um den Leiter Dr. Torsten Ehrke das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bei der Vorbereitung der notwendig gewordenen öffentlichen Ausschreibung eines Trägers für das Kompetenzzentrum. Die Ausschreibung erfolgte nach dem entsprechenden Beschluss des Sachhaushaltes durch den Bundestag. Aufgrund der zeitlichen Vorgaben sowohl für die Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung als auch die Gründung einer GmbH wurde das Projekt bis zur Jahresmitte 2016 verlängert. Die finanzielle Aufstockung des Projektes erlaubt es, zahlreiche weitere Aufgaben zur inhaltlichen Vorbereitung der Arbeit des Kompetenzzentrums in Angriff zu nehmen. Unter anderem wurde der Aufbau der digitalen Infrastruktur des KNE (DIKNE) öffentlich ausgeschrieben und vergeben. Ausgeschrieben und vergeben werden konnte auch ein Gutachten für die Entwicklung eines Curriculums für die Weiterbildung professioneller Mediator*innen mit dem Schwerpunkt auf Konflikten mit Naturschutzbelangen in der Energiewende. Im Sommer wurde das KNE i.G. von einer Praktikantin tatkräftig unterstützt. Im Herbst konnten die Stellen für IT-Projektbetreuung und die Fachinformationen Fauna besetzt werden. Das Projektteam konnte sich so zunehmend inhaltlichen Themen des Naturschutzes in der Energiewende zuwenden und die Vorbereitung der Arbeitsaufnahme im Jahr 2016 intensivieren.

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) i.G.

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 91

E-Mail: info@naturschutz-energiewende.de

Dr. Torsten Ehrke

Michael Krieger

Florian Kreße

Eva Schuster

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Im Januar 2015 hat sich das Forum Umwelt & Entwicklung (FUE) mit dem „Memorandum of Understanding“ eine formale Struktur gegeben. 37 Organisationen haben es bisher unterzeichnet und sind damit stimmberechtigte Mitgliedsorganisationen des FUE. Der im Januar 2015 für zwei Jahre gewählte Leitungskreis (LK) besteht aus Torsten Ehrke von der Grünen Liga, Marianne Henkel vom BUND, Roman Herre von FIAN, Sven Hilbig von Brot für die Welt, Arndt von Massenbach von INKOTA, Thomas Tennhardt vom NABU und Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Sebastian Schönauer gehört dem LK als Vertreter des DNR-Präsidiums an.

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Rundbrief“ hatte 2015 folgende Schwerpunktthemen: „Ökosystem Boden – Die dünne Haut der Erde“; „Kreislaufwirtschaft: Ist Recycling eine Illusion?“; „Money for Nothing: Krise als Geschäftsmodell“; „Gute Stadt – Böse Stadt – Landromantik vs Stadt für alle“. Mit einer Auflage von 1300 erreicht der Rundbrief Multiplikator*innen innerhalb und außerhalb der NGO-Szene. Weitere zahlreiche Publikationen zu unterschiedlichen Themen wurden unter www.forumue.de veröffentlicht.

Handelspolitik und TTIP

Das Bündnis TTIP-Unfairhandelbar von 100 Organisationen, initiiert von der AG Handel des FUE, wird in der Geschäftsstelle durch Nelly Grotefendt koordiniert und trug 2015 maßgeblich zum großen Erfolg der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung gegen das Freihandelsabkommen bei. Als Mitveranstalter wurde sich an der Vorbereitung der Großdemonstration am 10. Oktober beteiligt und zahlreiche Publikationen zu TTIP und CETA veröffentlicht. Die erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum“ hat sich mittlerweile im politischen Berlin fest etabliert und fand auch 2015 wieder regelmäßig statt. Nelly Grotefendt und Jürgen Maier waren außerdem als Referenten auf zahlreichen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen im In- und Ausland sowie Sachverständigenanhörungen in Landtagen und Bundestag, Lobbygespräche mit MdBs und MdEPs, als Interviewpartner und Gastautoren in zahlreichen Medien und Publikationen vertreten.

2015 wurde das FUE offiziell Mitglied im europaweiten kritischen Handelspolitik-Netzwerk Seattle to Brussels (S2B) und bei Better Regulation Watchdog. S2B hat im Sommer 2015 Lucile Falgueyrac zur besseren Unterstützung osteuropäischer NGOs in das Büro des FUE abgeordnet. Außerdem wurde Jürgen Maier als neues Mitglied im TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministers benannt.

Als Pendant zum TTIP Unfairhandelbar-Bündnis beschäftigt sich die AG Handel des FUE mit weiteren handelspolitischen Themen wie WTO, diversen geplanten EU-Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern und Alternativen zur heutigen EU-Handelspolitik.

2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development Goals

Zu den Kernkompetenzen gehörten die 2030-Agenda der Vereinten Nationen mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG), die im September 2015 nach jahrelangen Verhandlungen beschlossen wurden. Für das Querschnittsthema nationale Umsetzung der SDGs wurde ein UBA-Projekt bis 28. Februar 2017 finanziert, mit dem Ziel das Thema in der deutschen NGO-Landschaft bekannt zu machen und zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen beizutragen. Eine gemeinsame Stellungnahme mit VENRO und 10 weiteren Organisationen zum Kabinettsbeschluss der Bundesregierung (Verhandlungsposition 2030-Agenda) sowie zum Synthesebericht des UN-Generalsekretärs zur 2030-Agenda (damals noch Post-2015-Agenda genannt) war Anfang 2015 ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit einem regelmäßigen Email-Newsletter und Blog wurde über die neuen Entwicklungen im internationalen und nationalen SDG-Prozess informiert. Außerdem wurden Fachkonferenzen veranstaltet an zahlreichen Dialogforen und Gesprächsrunden mit Vertreter*innen der Bundesregierung und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung teilgenommen.

G7

Die deutsche G7-Präsidentschaft setzte eine Reihe inhaltlich interessanter Schwerpunktthemen und wurde von der Zivilgesellschaft dementsprechend kritisch begleitet. Gemeinsam mit VENRO wurde ein Positionspapier veröffentlicht und mit der Bundesregierung das G7-Dialogforum in der Bayerischen Landesvertretung am 20. April ausgerichtet. Neben den Themenforen zu den Schwerpunktthemen Weltwirtschaft, Klima und Energie, Meere, Gesundheit, Frauen und Landwirtschaft wurde eine Diskussionsrunde mit Bundeskanzlerin Angela Merkel durchgeführt. Auch beim Alternativgipfel am 3. und

4. Juni in München war das Forum Mitveranstalter des Workshops „Konzernmacht grenzenlos: Die G7 und das weltweite Landwirtschafts- und Ernährungssystem“.

Meere

Die AG Meere hat sich intensiv sowohl in die G7 als auch die SDG-Thematik eingebracht, da in beiden Prozessen Meerespolitik eine prominente Rolle spielt. Beim G7-Dialogforum am 20. April wurde ein Themenworkshop zur Meerespolitik veranstaltet. Am 12. November veranstaltete das Forum gemeinsam mit fair oceans und Brot für die Welt ein Fachgespräch mit dem Titel: „Chancen der Sustainable Development Goals für den Meeresschutz und eine gerechte Entwicklung auf den Ozeanen.“ Am 26. November folgte die Fachtagung „Tiefseebergbau im Spannungsverhältnis von Umwelt und Entwicklung“.

Landwirtschaft und Ernährung

Im Rahmen der alljährlichen Konferenz Global Forum for Food and Agriculture des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Grünen Woche veranstaltet die AG Landwirtschaft und Ernährung seit vielen Jahren Foren. 2015 wurden diese unter dem Titel „Die Chancen von Bioökonomie im Spannungsfeld von Food First, Wachstum und Transformation“ durchgeführt. Ein weiteres Highlight war die gemeinsame Saatgut-Konferenz mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 29. und 30. Mai.

Wälder

Das vom Bundesamt für Naturschutz geförderte Projekt „Verbände- und Dialogplattform Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen“ wurde bis zum Ende des Projektzeitraums am 30. April erfolgreich weiter geführt. László Maráz hat als Projektleiter gemeinsam mit vielen Akteur*innen aus den Bereichen Waldeigentum, Forstwirtschaft und Holzwirtschaft sowie den Umweltverbänden in zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächsrunden einen Dialog über zu hohen Nutzungsdruck auf Wälder geführt. Dieser wurde in zahlreichen Fachbeiträgen in Zeitschriften u.a. in der Allgemeinen Forstzeitung fortgesetzt.

Die AG Wälder arbeitete in relativ wenigen Sitzungen aber punktuell enger Abstimmung zu aktuellen Fragen der Waldpolitik. Am AG Wälder Seminar im Februar diskutierten Waldaktivisten aus Schweden und den USA vor allem über die Kahlschlags-Forstwirtschaft in Schweden, sowie über die Waldvernichtung in den USA für die zunehmenden Energieholzpellet-Exporte.

Rohstoffpolitik und EITI

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass Deutschland der internationalen Rohstoff-Transparenzinitiative EITI (Extractive Industries Transparency Initiative, Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) beitrifft. Dafür wurde eine sogenannte Multistakeholder-Group (MSG) aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingerichtet, die sich mit allen wesentlichen Fragen beschäftigt. Der NGO-AK Rohstoffe, der überwiegend aus Mitgliedsorganisationen des FUE besteht, befürwortete eine Beteiligung von Jürgen Maier als Mitglied der MSG gemeinsam mit den anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Somit sollen einige Transparenz-Fortschritte im deutschen Rohstoffsektor sichergestellt werden. Am 21. Oktober veranstalteten, die in der MSG vertretenen zivilge-

sellschaftlichen Akteur*innen in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Alternativen Rohstoffwoche eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung zu D-EITI. Dabei wurde der Stand des deutschen Umsetzungsprozesses, deren Mehrwert, sowie Herausforderungen im Rohstoffsektor weltweit und die Verantwortung Deutschlands mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik zu diskutieren. In einem Factsheet zu Transparenz im Rohstoffsektor finden sich mehr Informationen. Neben seiner Mitgliedschaft in der MSG wurde Jürgen Maier vom Bundesumweltministerium als Mitglied in den Ressourceneffizienzbeirat und den Rohstoffbeirat des Bundesumweltministeriums berufen.

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 93

E-Mail: info@forumue.de

www.forumue.de

Jürgen Maier (Leitung)

Marie-Luise Abshagen

Cathrin Klenc

Nelly Grotefendt

Laszlo Marasz

Marijana Todorovic

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

Großdemonstration „Wir haben es satt!“ in Berlin

Am 17. Januar gingen in Berlin 50 000 Menschen für eine Agrarwende auf die Straße, mehr als je zuvor. Unter dem Motto „Wir haben es satt!“ demonstrierten sie gegen Gentechnik, Tierfabriken und das Freihandelsabkommen TTIP. Angeführt wurde der bunte Demonstrationzug von 90 Traktoren, die aus dem ganzen Bundesgebiet angereist waren. Die „Wir haben es satt!“-Demonstration war eingebettet in ein vielfältiges Rahmenprogramm. Die Schnippeldisko fand bereits zum vierten Mal am Vorabend der Demonstration statt. Soup' n Talk fand im Anschluss an die Demonstration in der Heinrich Böll Stiftung statt und neben warmen Essen und Getränken gab es zahlreiche Präsentationen, Filmvorführungen und Gesprächsrunden. Dieses Format ist seit einigen Jahren fester Bestandteil der „Wir haben es satt!“-Demonstration und wird von den Teilnehmer*innen sehr gerne zur Weiterbildung und zum Austausch angenommen. Ab November 2015 lag der Schwerpunkt der Kampagnen-Arbeit dann auf der Vorbereitung der sechsten „Wir haben es satt!“-Demonstration, die sich bereits Ende des Jahres durch eine überdurchschnittlich hohe öffentliche und mediale Aufmerksamkeit auszeichnete.

Evangelischer Kirchentag und Demonstration zum G7-Gipfel

Vom 2. bis 6. Juni 2015 war die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ am Evangelischen Kirchentag in Stuttgart und der Demonstration zum G7-Gipfel in München beteiligt. Stets im Fokus standen dabei die nachhaltige und faire Erzeugung von Lebensmitteln sowie globale Perspektiven auf die Landwirtschaft von Morgen. Gemeinsam mit Slow Food Deutschland und Brot für die Welt wurde bei einer gemeinsamen Ernteaktion auf einem Bauernhof in Stuttgart Gemüse für die Kochaktion „Teller statt Tonne“ auf dem Kirchentag gesammelt. Die Wertigkeit von Lebensmitteln und die Bedeutung von regionalen Erzeugerwegen standen dabei im Mittelpunkt. Mit der Teilnahme an der Münchner Demonstration zum G7-Gipfel unterstrich die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ihre Arbeit für eine weltweit nachhaltigere, fairere und ökologischere Landwirtschaft. Gemeinsam mit 40 000 Menschen wurde dabei auch der bäuerliche Widerstand und Forderungen: nach weniger Antibiotika-Einsatz, verbesserte Haltungsbedingungen für Tiere, ein verschärftes Arzneimittelgesetz, sichere Standards für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen und einer gentechnikfreien Landwirtschaft auf die Straße gebracht.

„MahlZeit für gutes Essen ohne TTIP, Tierfabriken und Gentechnik“

Vom 11. bis 13. September fand die dezentrale Mitmachaktion „MahlZeit für gutes Essen ohne TTIP, Tierfabriken und Gentechnik“ statt. Bundesweit wurden etwa 100 MahlZeit-Aktionen im privaten oder öffentlichen Rahmen durchgeführt. Dazu gehörten „Kochen im Kuhstall“ (Reyerhof, Stuttgart) und große öffentliche Veranstaltungen in der Fußgängerzone (z.B. Schwäbisch-Hall) sowie an einem Megastall (Drebkau). Wichtig war dabei, dass das Essen frei von Produkten aus der Agrarindustrie war. Nach dem Essen wurden die diskutierten Themen zu Papier gebracht und die gestalteten „Rezepte für eine Agrarwende“ mit Forderungen und Wünschen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft für die politische Arbeit aufbereitet.

Workshop-Reihe „Politische Suppentöpfe“

Die erfolgreiche Workshop-Reihe „Politischer Suppentopf“ wurde auf Anregung des langjährigen Partners INKOTA-netzwerk e.V. neu aufgegriffen. Zwischen Oktober und November 2015 folgten fünf Workshops in Werder, Hamburg, Dortmund, Essen, Nürnberg und Regensburg in enger Zusammenarbeit mit Partner*innen vor Ort. In mehreren Städten fanden sich Arbeitsgruppen, die das Thema „Zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung“ in ihrer Region langfristig begleiten und etablieren

wollen, um konkrete Veränderungen zu bewirken. Dies kann z.B. über die Entwicklung von Ernährungsräten geschehen, die Stadtverwaltungen beraten oder unabhängig davon agieren.

Öffentlichkeitsarbeit und Internetauftritt

Der Schwerpunkt der nicht-aktionsgebundenen Kampagnen-Arbeit lag im Jahr 2015 auf dem Aufbau des Informationsdienstes „Meine Landwirtschaft“. Damit einhergehend wurde das gesamte Corporate Design der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ grundlegend überarbeitet. Ein neuer umfangreicher allgemeiner Flyer über die Kampagne „Meine Landwirtschaft“, der auf sechs Seiten die Kampagne, ihre politischen Forderungen und die verschiedenen Schwerpunkte vorstellt, wurde erstellt. Um die Homepage www.meine-landwirtschaft.de zu einem umfangreichen und praktisch nutzbaren Informationsdienst im Bereich Landwirtschaft und Ernährung umzubauen und auf eine mobile Version umzustellen, wurde im Zuge eines Relaunch die Struktur umfassend überarbeitet, Pfade verkürzt und vereinfacht. Die Frequenz der Nachrichten-Veröffentlichung konnte im Jahr 2015 bereits deutlich gesteigert werden. Die Zugriffe auf die Webseite konnten im Vergleich zum Vorjahr um 57 % gesteigert werden. Betrachtet man für den gleichen Zeitraum auch die einzelnen Zugriffe auf den Nachrichten-Ticker lässt sich hier eine deutliche Steigerung von 74 % feststellen. Eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit spiegelte sich auch in den steigenden Nutzer*innenzahlen auf der angeschlossenen Facebook-Seite www.facebook.com/MeineLandwirtschaft wieder. Die engere mediale Verzahnung der Kampagne "Meine Landwirtschaft" mit dem Aktionszweig "Wir haben es satt!", z.B. durch eine wechselseitige Verlinkung und Einbindung des Nachrichten-Tickers führte zu weitreichenden Synergie-Effekten. Für 2016 ist eine Fortführung und deutliche Steigerung in den genannten Bereichen geplant.

Sonstiges

Im Herbst 2015 beteiligte sich die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ mit ihrem Aktionszweig „Wir haben es satt!“ durch beratende Tätigkeiten an der Vorbereitung der „Stopp TTIP“-Demonstration. „Wir haben es satt!“ ist darüber hinaus Unterstützerin der Aktion „Artgerechtes München“ geworden und konnte dadurch wiederum Tollwood als bzw. adressenstarken Partner für die „Wir haben es satt!“-Demonstrationen gewinnen.

Durch den Beitritt weiterer Trägerorganisationen ist die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Demonstrations-Bündnis „Wir haben es satt!“ weiter gewachsen. Zu den neuen Mitgliedern zählen das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) (Kampagne „Meine Landwirtschaft“), der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) („Wir haben es satt!“), die Christliche Initiative Romero („Wir haben es satt!“), Biokreis e.V. („Wir haben es satt!“) und Ecovin e.V. („Wir haben es satt!“).

Kampagne Meine Landwirtschaft

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 284 824 37

E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de

www.meine-landwirtschaft.de

Jochen Fritz

Iris Kiefer

Regine Holloh

Katrin Listemann

Sinah Oberdieck

Anhang

Das DNR-Präsidium

| | |
|--|---|
| <p>Kai Niebert (ab 12/2015) Hartmut Vogtmann (bis 02/2015) Präsident</p> | <p>Natur- und Umweltschutzpolitik, besonders im Kontakt mit Bundesregierung, Bundespräsident, Deutscher Bundestag, internationalen Natur- und Umweltschutzorganisationen</p> <p>Außenvertretung</p> <p>internationaler Natur- und Umweltschutz</p> <p>Nachhaltigkeitspolitik</p> <p>Wirtschafts- und Finanzpolitik</p> <p>Energie- und Klimapolitik</p> <p>Begleitung Projekt Transformationsprozess</p> <p>Forschung</p> |
| <p>Leif Miller Vizepräsident</p> | <p>internationaler Natur- und Umweltschutz (Ost)/ EU (EU-Koordination)</p> <p>Ehrenamt</p> <p>Naturschutz/ Nationales Naturerbe</p> <p>Betreuung der Geschäftsstelle, Personal</p> |
| <p>Undine Kurth Vizepräsidentin</p> | <p>Artenschutz</p> <p>Tierschutz</p> <p>Umweltbildung (federführend)</p> <p>Kultur, Religionen und Umweltschutz</p> |
| <p>Sebastian Schönauer (ab 12/2015) Kornelie Blumenschein (bis 12/2015) Schatzmeisterin</p> | <p>DNR-Haushalt</p> <p>Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung</p> <p>Wasser- und Bodenschutz</p> |
| <p>Elisabeth Emmert</p> | <p>Ländlicher Raum, Wald, Jagd</p> |
| <p>Gerlinde Hoffman</p> | <p>Sport, Tourismus, Freizeit, Erholung</p> |
| <p>Ludwig Sothmann</p> | <p>Ländernaturschutz, Umsetzung Biodiversitätsstrategie, Landschaftspflege, Umweltbildung, Windenergie an Land, ökologischer Landbau</p> |
| <p>Ludwig Wucherpfennig</p> | <p>Tourismus (federführend), Verkehr, Ehrenamt, Alpenkonvention</p> |
| <p>Martin Geilhufe</p> | <p>Jugendpolitik, ZukunftsPiloten</p> |
| <p>N.N.</p> | |
| <p>N.N.</p> | |

Die DNR-Geschäftsleitung

| | |
|--|--|
| <p>Liselotte Unseld Generalsekretärin</p> | <p>politische Geschäftsführung und Koordination der inhaltlichen Arbeit</p> <p>Außenvertretung, Pressearbeit, Stellungnahmen für Gesetzentwürfe etc.</p> <p>Kontakte zu Verbänden, politischen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen</p> <p>Koordination Mitgliederversammlung, Präsidiumssitzungen und Verbändeforum</p> <p>Koordination Projektgruppen</p> |
| <p>Helga Inden-Heinrich Geschäftsführerin</p> | <p>Geschäftsbereich Personal; Finanzen und Haushalt; Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Koordination Mitgliedsverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppierungen, Präsidiumsbetreuung</p> <p>Koordination und Organisation: Deutscher Naturschutztag (DNT)</p> <p>Nationale Koordinierungsstelle IUCN</p> <p>Deutsche Vertreterin der nationalen Verbindungsstelle für Naturschutz beim Europarat Naturopa-Center</p> <p>Vorstand ÖTE</p> |

DNR-Mitgliedschaften

| DNR-Mitgliedschaften | Ansprechpartner*innen |
|---|-----------------------|
| Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) | Ludwig Wucherpfennig |
| Climate Action Network (CAN) | Bjela Vossen |
| Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS) | Margitta Dihlmann |
| Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel | Bjela Vossen |
| Focal Point IUCN Deutschland | Helga Inden-Heinrich |
| Verein grüner Strom, Label e.V. | Helga Inden-Heinrich |
| Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.) | Helga Inden-Heinrich |

Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien

| Gremien | Delegiert |
|---|---|
| AID Mitgliederversammlung | Helga Inden-Heinrich |
| Beirat des Nationalparks Berchtesgadener Land | Rita Poser, örtl. BUND-Kreisgruppen-vorsitzende |

| | |
|---|---|
| Beirat für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) | Dr. Brigitte Dahlbender (BUND) |
| Beirat interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit | Helga Inden-Heinrich |
| BIMA-Fachbeirat NNE-Bundeslösung | Adrian Johst, Christian Unsel |
| Bündnis für Gemeinnützigkeit | Helga Inden-Heinrich |
| Deutscher Naturschutztag (DNT) | Helga Inden-Heinrich |
| DNR-Strategiegruppe Nationales Naturerbe | Leif Miller |
| Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe | Elisabeth Emmert |
| Fachbeirat EMAS der KPMG Cert | |
| Jury Förderpreis Ökologischer Landbau | Liselotte Unseld |
| Jury UN-Dekade „Biologische Vielfalt“ | Helga Inden-Heinrich |
| Kommission für Anlagensicherheit (KAS) | Dr. Ursula Fischbach (BUND), Claudia Baitinger (BUND), Oliver Kalusch (BBU) |
| Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU) | Margita Dihlmann (Bundesverband für Umweltberatung) |
| Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) | Undine Kurth, stellvertretende Vorsitzende |
| Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung | Sebastian Schönauer |
| NABau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen; CEN TC 350 (Mitarbeit im TC, TF(RD), WG3; CEN/TC 350/JWG; DIN-KU-Fachbeirat | Holger König |
| NABau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen; NAGUS NA 172-00-03 AA Ökobilanzen u. umweltbezogene Kennzeichnung | Dr. Eva Schmincke |
| Nationale Verbindungsstelle für Naturschutz (Naturopa) beim Europarat | Helga Inden-Heinrich |
| Nationales CSR-Forum (Corporate Social Responsibility) beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) | Jörg Sommer (Deutsche Umweltstiftung) |
| Normungsausschuss Umweltschutz beim DIN (NAGUS) | Dr. Ludwig Glatzner (BUND) |
| Umweltgutachterausschuss UGA | Dr. Joachim Nibbe (NaturFreunde Deutschlands), Marion Hasper (BUND), Prof. Dr. Jens Pape (NABU) Stellvertreter: Marion Hammerl (Bodensee-Stiftung - Internationale Stiftung für Natur und Kultur), Dr. Ludwig Glatzner (BUND), Wolfgang Guhle (NaturFreunde Dtl.) |

Arbeitskreise und Projektgruppen des DNR

- ❖ Arbeitskreis Wasser, Forum Umwelt und Entwicklung
- ❖ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- ❖ Beirat Sport und Umwelt des BMU
- ❖ Deutsche UNESCO-Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung
- ❖ DNR-AK Ehrenamtliches Engagement
- ❖ Europäisches Umweltbüro (EEB)
- ❖ Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung
- ❖ Forum U&E, verschiedene Arbeitsgruppen
- ❖ Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)
- ❖ Focal Point IUCN Deutschland
- ❖ Nationale Agentur des Centre Naturopa beim Europarat
- ❖ DNR-Präsidiumssitzungen
- ❖ DNR-Verbändeforum
- ❖ Ökologische Gerechtigkeit
- ❖ Steuerungsgruppe „Langfristige Finanzierungsansätze zur Steuerung des Nationalen Naturerbes“
- ❖ Koordinierungsstelle „Normung der Umweltverbände“ (KNU)
- ❖ Umweltgutachterausschuss (UGA)
- ❖ Bündnis für Gemeinnützigkeit
- ❖ Umweltkommission des DOSB

Veröffentlichungen des DNR

- ❖ Gemeinsame Stellungnahme zu den Referentenentwürfen zur Änderung wasser-, naturschutz- und bergrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Frackingtechnologie und anderen Vorhaben, 23.01.2015
- ❖ Gemeinsame Stellungnahme zur Stärkung der Wiederverwendung im ElektroG, 25.02.2015
- ❖ Positionspapier der Gebäude-Allianz: "Gemeinsam die energetische Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland voran bringen", April 2015
- ❖ Argumentationshilfe zu Argumenten des WEG und ExxonMobil zum Thema Fracking & Erdgas, 02.06.2015
- ❖ NGO-Luftverkehrskonzept – Schritte zu einem zukunftsfähigen und umweltverträglichen Luftverkehr in Deutschland, Juli 2015
- ❖ DNR-Stellungnahme: Naturschutzrichtlinien erhalten!, 26.10.2015

Pressemitteilungen des DNR

- ❖ Der Kater kommt nach der Party. Denn ab heute heißt es: Abschalten. Stehen lassen. Dämmen.
- ❖ Deutscher Naturschutzring wählt Kai Niebert zum neuen Präsidenten - Niebert: „Wer die Natur ausbeutet, beutet die Menschen aus“
- ❖ Umweltministerium stellt Initiative für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland vor - Umweltverbände: Zeit der Sonntagsreden ist vorbei.
- ❖ „Salamanderfresser“: Ein Gebot des Artenschutzes - Endlich den kommerziellen Wildtierhandel stoppen
- ❖ DNR verleiht Förderpreise im Projekt "Mehr Agrarökologie"
- ❖ NGO-Allianz stellt Luftverkehrskonzept vor und fordert verpflichtende Klimaabgabe
- ❖ Ausverkauf der Natur abgelehnt
- ❖ Deutscher Naturschutzring (DNR) vergibt Förderpreis „Mehr Agrarökologie!“
- ❖ Zeit für ein klares Fracking-Verbot
- ❖ Energieunion muss europäische Energiewende vorantreiben - Unternehmen und Zivilgesellschaft fordern Vorrang für Energieeffizienz.
- ❖ Umweltorganisationen begrüßen Haushaltsbeschluss zum Nationalen Naturerbe, kritisieren jedoch Einschränkungen und sehen weiteren Handlungsbedarf
- ❖ Zum Tag des Ostseeschweinswals am 17. Mai: Bund und Länder versagen beim Schutz der letzten Ostseeschweinswale - Umweltorganisationen fordern bessere Regulierung von Fischerei und Unterwasserlärm
- ❖ Naturschutz stärken, statt Unsicherheit schaffen - Europaweites Naturschutz-Bündnis ruft zum Widerstand gegen die Deregulierungspläne der EU-Kommission auf
- ❖ Offener Brief an die Ministerpräsident*innen der Länder: Fracking in Deutschland verbieten
- ❖ Bundeshaushalt, Globale Minderausgabe - Wanka kürzt Nachhaltigkeitsforschung um 20 Prozent

- ❖ Fracking-Gesetz ist ein fatales Signal für den Klimaschutz
- ❖ Breite Kritik am Fracking-Regelungspaket
- ❖ Naturschutz in Deutschland weiter mangelhaft - Naturschutzbericht der Bundesregierung offenbart Krise der biologischen Vielfalt, Verbände fordern Soforthilfeprogramm
- ❖ TTIP: Verbände warnen vor Senkung europäischer Standards und sehen Gefahren für den Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie im Kultursektor

Veranstaltungen des DNR bzw. mit seiner Beteiligung

- ❖ DNR-Verbändeforum
- ❖ Dialogforum Religionen und Naturschutz – Gemeinsam für biologische Vielfalt, 25./26.02.2015
- ❖ Generationenverbindender Workshop „Gemeinsame Sache machen! Alt und Jung für eine nachhaltige Mobilität“, 05.03.2015
- ❖ Generationen-Stadtrundgang in Leipzig „Wirtschaft anders machen - morgen gestalten mit Ideen von gestern und heute“, 14.03.2015
- ❖ Abschlusskonferenz „Die neue Lobby! – Für nachhaltige Gerechtigkeit und gerechte Nachhaltigkeit“, 19.03.2015
- ❖ Dialogforum Naturschutz VIII, 23.06.2015
- ❖ Workshop „Just Transition - Konzept, Strategieentwicklung und Vernetzung“ in Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg Stiftung und Robin Wood, 10. bis 14.08.2015
- ❖ gemeinsamer Bürgerdialog „Gut Leben in Deutschland“ mit dem Bundesverband der AWO, 01.09.2015
- ❖ Bürger*innendialog mit Umweltministerin Barbara Hendricks in der Kleingartenanlage „Am Buschkrug“, 07.09.2015
- ❖ Gemeinsamer Workshop der AG „Gutes Leben“ auf dem Kongress für solidarische Ökonomie (SOLIKON), 12.09.2015
- ❖ Podiumsdiskussion: „Wundermittel Fracking? Risiken und Nebenwirkungen am Beispiel der USA“, 12.09.2015
- ❖ Workshop: „Ein modernes Bergrecht für das 21. Jahrhundert – Positionen, Ziele, Maßnahmen“, 06.03.2015
- ❖ Podiumsdiskussion: „Ob Bohrer oder Bagger – gemeinsame Strategien gegen fossile Ressourcenausbeutung“, 02.06.2015
- ❖ gemeinsamer Workshop: „Bundesberggesetz – Perspektiven, Entwicklungen, Reformbedarf“, September 2015
- ❖ Auftaktkonferenz zur Dialogreihe „Globale Nachhaltigkeitsziele – nationale Verantwortung. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016“, 29.10.2015
- ❖ Tagung Naturschutz-natürlich sozial, 26.11.2015
- ❖ DNR-Mitgliederversammlung, 28.11.2015
- ❖ Statuskonferenz zum Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“, 08.12.2015
- ❖ Workshop: „Nicht in Stein gemeißelt: Modernisierung des deutschen Bergrechts für mehr Ressourcenschutz und Transparenz“, 14.12.2015

Politische Aktivitäten – Spitzengespräche

- ❖ Teilnahme Auftaktkonferenz für den Dialogprozess zum Klimaschutzplan 2050, 25./26.06.2015 sowie Koordinierung nachfolgender Veranstaltungen des Dialogprozesses
- ❖ Lana Verbändegespräch, 17.06.2015
- ❖ Verbändegespräch zum Meeresschutz mit der Referatsleiterin für Meeresnaturschutz des BMUB, Nicola Breier, 01.07.2015
- ❖ Sitzung der Umweltminister*innenkonferenz, 02.07.2015
- ❖ Leitungsgespräch mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, 23.09.2015
- ❖ Leitungsgespräch mit der Präsidentin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger, 29.09.2015
- ❖ Verbändegespräche zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP)
- ❖ 2. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz 2020, 23.09.2015
- ❖ Sitzung Begleitausschuss Agrarforschung, 07.12.2015

Seminare, Veranstaltungen und Lobbyarbeit der EU-Koordination

- ❖ 24.-26.03.2015: Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel
- ❖ 15.-16.04.2015: High Level Lobbyfahrt nach Brüssel+

- ❖ 21.04.2015: Vortrag auf der Global Soil Week
- ❖ 11.09.2015: EU-politischen Umweltimpuls "Deregulierung in der EU - von REFIT über "bessere" Rechtsetzung zu TTIP?"
- ❖ 29.09.2015: Informelles Austauschtreffen für Verbände mit Schwerpunktthemen Emissionshandel und Governance
- ❖ 10.10.2015: Input beim BUND-Workshop „Umgang mit veränderter EU-Kommissionspolitik
- ❖ 12.10.2015: Input zur Governance-Debatte bei einem Expertenworkshop von Ecologic
- ❖ 13.10.2015: Input beim AK2 der Grünen im Bundestag zu „besserer“ Rechtsetzung*
- ❖ 10.11.2015: Briefing der dt. Verbände zur anstehenden EU-Energiepolitik
- ❖ 14.12.2015: Input zu anstehenden EU-Gesetzgebungsprozessen beim Treffen der Umwelt- und Erneuerbaren-Verbänden

Printpublikationen der EU-Koordination 2015:

- ❖ Das Brüsseler 1x1 – Wie funktioniert die EU? (2015) - Informationen über EU-Institutionen und Gesetzgebung, die Kontaktdaten zu EU-Parlamentarier*innen und Brüsseler NGOs sowie Tipps für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene und vieles mehr (Broschüre)
- ❖ Der monatliche Informationsdienst umwelt aktuell wurde intensiv genutzt, um europapolitische Umweltthemen – insbesondere mit dem Schwerpunkt Deregulierung - komprimiert und gut verständlich zu vermitteln.

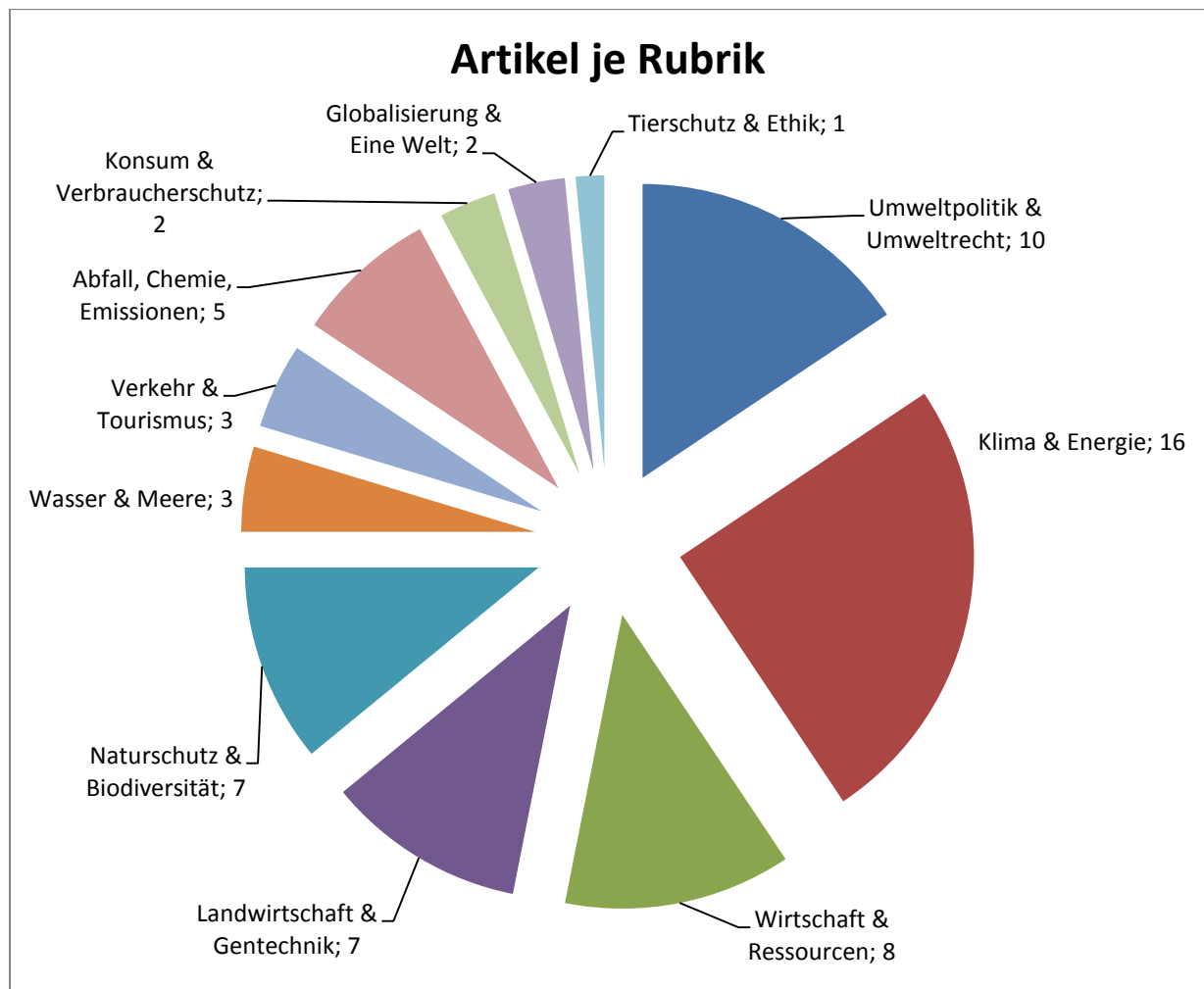
Onlinepublikationen der EU-Koordination 2015:

- ❖ Die elektronischen „DNR-Steckbriefe“ dienen der niedrighschwelligenen und übersichtlichen Zusammenfassung von neuen Instrumenten, Strategien oder Gesetzesprozessen. Sie stehen auf der Website www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte zum Download bereit. 2015 erarbeitet oder aktualisierte die EU-Koordination folgende Steckbriefe, Factsheets und Hintergrundbriefings.
- ❖ DNR-Steckbrief Überprüfung der EU-Naturschutzrichtlinien
- ❖ DNR-Steckbrief zur Umsetzung der EU-Klima- und Energieziele für 2030
- ❖ Hintergrundpapier von NABU, BUND und WWF zum "Fitness-Check" der EU-Naturschutzrichtlinien
- ❖ DNR-Steckbrief zu den Deregulierungs- und Entdemokratisierungstendenzen in der EU
- ❖ DNR-Factsheet zu Biokraftstoffen
- ❖ DNR-Steckbrief zu der Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und USA (TTIP)
- ❖ DNR-Steckbrief zu dem Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada (CETA)
- ❖ DNR-Steckbrief zu den Plänen der Juncker-Kommission zu Kreislaufwirtschaft
- ❖ DNR-Steckbrief zur Überprüfung der EU-Naturschutzrichtlinien
- ❖ DNR-Steckbrief zum Luftqualitätspaket
- ❖ DNR-Steckbrief zu Ökodesign
- ❖ Pressehintergrundbriefing: EU-Klimapolitik nach Paris
- ❖ DNR-Forderungen für eine EU-weite Bodenschutzpolitik
- ❖ Key Points for an EU-wide Soil Protection Policy

Themenstatistik umwelt aktuell 2015

- ❖ 02/15 – 12/15 (zehn Ausgaben; Doppelausgaben: 08/09, 12/01)
- ❖ Gastartikel + Kommentare + Interviews: 64

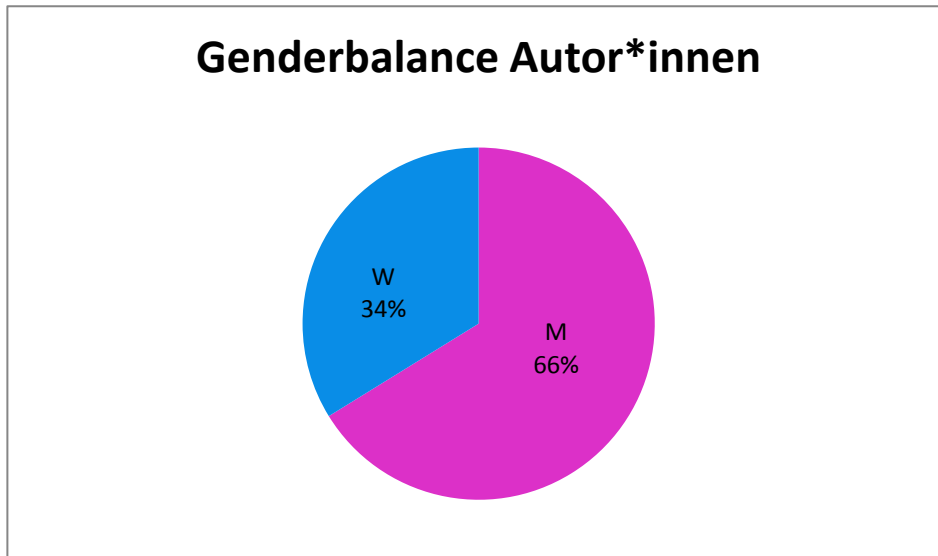
| Themen nach Rubriken sortiert: | N | % |
|--|----|----|
| ❖ Klima & Energie | 16 | 25 |
| ❖ Umweltpolitik & Umweltrecht | 10 | 16 |
| ❖ Wirtschaft & Ressourcen | 8 | 12 |
| ❖ Landwirtschaft & Gentechnik | 7 | 11 |
| ❖ Naturschutz & Biodiversität | 7 | 11 |
| ❖ Abfall, Chemie & Emissionen | 5 | 8 |
| ❖ Verkehr & Tourismus | 3 | 5 |
| ❖ Wasser & Meere | 3 | 5 |
| ❖ Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz | 2 | 3 |
| ❖ Globalisierung & Eine Welt | 2 | 3 |
| ❖ Tierschutz & Ethik | 1 | 1 |



Autor*innen /Interviewpartner*innen: Insgesamt: 71

❖ M: 47, 34 %

❖ W: 24, 66 %



Herkunft der Autor*innen:

| | N | % (gerundet) |
|------------------------------|----|--------------|
| ❖ Politik | 3 | 4 |
| ❖ Wissenschaft | 9 | 13 |
| ❖ Zivilgesellschaft/Verbände | 49 | 69 |
| ❖ Verwaltung | 1 | 1 |
| ❖ Sonstige | 9 | 13 |

